

EINGEGANGEN

-9. Sep. 2025 *U*

Stadt Jever
Bürgermeister o.V.i.A
Am Kirchplatz 11
26441 Jever

Sandelermöns, 04.09.2025

Antrag:

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter **Verzicht der Antragsfristen zur Beratung im nächst öffentlich tagenden Fachausschuss** stellt die FREIE Wähler Fraktion im Rat der Stadt Jever nachfolgenden Antrag.

Antrag:

Die aktuelle Potenzialflächen Analyse für den weiteren WKA Ausbau im Bereich Jever vor einer finalen Entscheidung / Auswahl zu den möglichen Potenzialflächen / Standorten von WKA einer verbindlichen Prüfung durch die entsprechen Militärischen / Bundeswehr Behörden zu unterziehen.

Begründung:

Der ehemalige Nato Flugplatz Upjever wird zur Zeit wieder von der Bundeswehr Gelegentlich angefliegen. So konnte beobachtet werden, dass große Transportflugzeuge (A 400 M) auf dem Flugplatz Lande- und Startmanöver praktizierten. Beim Landeanflug wurden die Potenzialflächen 5 und 4 im Sinkflug Über- bzw. Durchflogen.

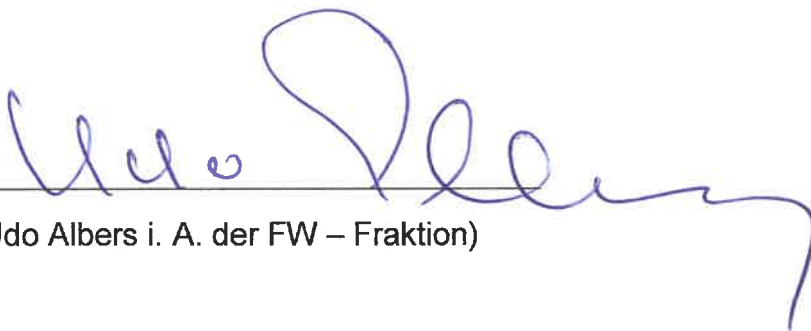
Udo Albers 1.Vorsitzender Sandelermöns 99 26441 Jever	Elke Weil Stellv. Vorsitzende Heideweg 45 26441 Jever	Gerhard Rott Schriftführer Kleibering 10 26441 Jever	Herbert Schüdzig Schatzmeister Alexanderstraße 10 26441 Jever
--	--	---	--

Ebenfalls wird der Militärflugplatz Wittmundhafen massiv ausgebaut. Der Flugplatz soll in der Zukunft den Flugbetrieb eines Geschwaders beherbergen / abwickeln.

Die FW Fraktion vermutet, dass diese Sachverhalte durch das beauftragte Planungsbüro in der Vorabfrage an die Bundeswehr nicht ausreichend geprüft bzw. durch das Militär beantwortet wurden. Evtl. lag der derzeitige oder tatsächliche Sachverhalt der verantwortlichen BW Behörde nicht vor.

Vor einem politischen Entscheidungsprozess zur Auswahl von WKA Standorten sollte die Verwendbarkeit der verschiedenen Potenzialflächen für den Bau von WKA oder eine eventuelle Einschränkung der jeweiligen Fläche verbindlich bekannt sein. Eine Fiktive Flächenauswahl möglicher WKA Standorte auch in Anbetracht der Zielsetzungen (u. a. Beteiligungsmöglichkeiten) des Rates könnte ins Absurdum führen.

Eine Sachverhaltsklärung (Träger öffentlicher Belange) erst in den Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes herbeizuführen, betrifft auch die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel.



(Udo Albers i. A. der FW – Fraktion)